

Beiträge

- Die Determinierung des österreichischen Rechts durch Instrumente der EU-Rechtsharmonisierung 713

Der Inhalt des österreichischen Rechts wird zu einem großen Teil durch EU-Recht bestimmt. Das geschieht meist aufgrund sekundärrechtlicher Vorgaben, in denen die EU lediglich Mindeststandards formuliert. Da diese Form der Rechtsangleichung unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen in den Mitgliedstaaten fördert, wendet die EU immer öfter, zB im Bereich des Verbraucherrechts, eine Vollharmonisierung an. Diese Methode stößt jedoch auf zahlreiche Widerstände seitens der Mitgliedstaaten und wird deshalb als Teilharmonisierung durchgeführt. Der Beitrag setzt sich mit diesen Methoden der Rechtsangleichung anhand aktueller Beispiele auseinander und untersucht, welche nationalen Gestaltungsspielräume dabei verbleiben.

Von Werner Schroeder

- Grundrechtsschutz und gegenseitige Anerkennung strafrechtlicher Entscheidungen in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 719

Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung strafrechtlicher Entscheidungen beruht wesentlich auf dem gegenseitigen Vertrauen in die Rechtsordnungen der anderen Mitgliedstaaten. Dieses wechselseitige Vertrauen wird durch grund- und verfassungsrechtliche Defizite in einigen Mitgliedstaaten vermehrt in Frage gestellt. Der EuGH hat in jüngerer Zeit ausgehend von der Rs *Aranyosi und Căldăraru* in mehreren Entscheidungen den Mitgliedstaaten zugestanden, von einer Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls bei Vorliegen „außergewöhnlicher Umstände“ abzusehen, und damit dem Grundrechtsschutz deutlich mehr Gewicht eingeräumt.

Von Robert Kert

Evidenzblatt

- Arbeitsrecht 730

OGH 18. 11. 2019, 8 ObS 9/19k

102: Entgeltsicherung bei unwirksamer Beendigung des Dienstverhältnisses

- Datenschutzrecht 732

OGH 27. 11. 2019, 6 Ob 150/19f

103: Die identifizierende Kameraüberwachung

Mit Anmerkung von Sarah Gruber

- Grundbuchsrecht 736

OGH 18. 12. 2019, 5 Ob 136/19i

104: Wiederkaufsrecht und Verschmelzung

- Sozialversicherungsrecht 739

OGH 17. 12. 2019, 10 ObS 144/19b

105: Zuverdienst beim Kinderbetreuungsgeld (KBG): Selbständige Tätigkeiten nur im Anspruchszeitraum erheblich, Honorarzufluss-Zeitpunkt egal

- Versicherungsvertragsrecht 741

OGH 10. 2. 2020, 7 Ob 4/20v

106: Kein Spätücktritt vom Lebensversicherungsvertrag trotz fehlerhafter Rücktrittsbelehrung (bzgl angeblich erforderlicher Schriftform)

Mit Anmerkung von Bernhard Burtscher

- Strafprozessrecht 746

OGH 29. 1. 2020, 13 Os 99/19m

107: PB-Berufung in ER-Verfahren

- Strafrecht 747

OGH 28. 5. 2020, 12 Os 18/20v

108: Durch Behandlung hintangehaltene Gefährlichkeit

EvBI-Leitsätze

→ Konsumentenschutzrecht	750
OGH 14. 4. 2020, 8 Ob 6/20 w	
114: Interzession oder echte Mitschuld	
→ Schadenersatzrecht	751
OGH 8. 4. 2020, 5 Ob 47/20 b	
115: Sturz über ein Podest im Hotelzimmer – keine Haftung für Sturzfolgen	
→ Schuldrecht	751
OGH 25. 3. 2020, 6 Ob 35/20 w	
116: Gerichtserlag des vom Rechtsanwalt für mehrere Klienten gemeinsam geführten Handakts?	
→ Versicherungsvertragsrecht	752
OGH 24. 4. 2020, 7 Ob 206/19 y	
117: Rechtsschutzversicherung: Die Obliegenheit „unverzüglicher“ Anzeige gilt nach Vertragsbeendigung für alle später bekannt werdenden Versicherungsfälle	
→ Wohnungseigentumsrecht	753
OGH 8. 4. 2020, 5 Ob 44/20 m	
118: Neue Balkone für Altstadtwohnungen	
→ Strafprozessrecht	754
OGH 25. 2. 2020, 14 Os 142/19 t	
119: VerbotsG gegenüber Art 10 Abs 2 EMRK speziell	
OGH 26. 2. 2020, 13 Os 5/20 i	754
120: Anfechtung der Unterbringungs Voraussetzungen mit NB und Berufung zulässig	

Sprache und Recht

→ Ein Rendezvous zur Mitternacht (oder was „mit“ von „am“ unterscheidet)	755
<i>Von Reinhard Hinger</i>	

Standards

→ Impressum	712
→ Buchbesprechung	756
→ Veranstaltungen und Seminare	756